

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931**

3.2.1931 (No. 28)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karl-Friedrich-  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher  
Nr. 953  
und 954  
Postkonton:  
Karlsruhe  
Nr. 2515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
G. Krenn,  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,25 RM. einchl. Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen trittlicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsweiser Vortreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inhaber keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telegraphische Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unerlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelcher Zerlegung übernommen. Abstellung der Zeitung kann nur je 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Rentnerbelegblätter für Baden, Badischer Beamtenspiegel für Beamte, Ritterschaft und Bildung, Badische Kultur und Geselligkeit, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### \* Reichstagsbeginn

Wenn in einer politischen Betrachtung der Presse gesagt wird, es werde uns eine parlamentarisch interessante Woche bevorstehen, so möchten wir denjenigen von Herzen beneiden, der das, was uns bevorsteht, mit guter Laune als „interessant“ bezeichnen kann. Wir möchten von unserem Standpunkt aus lieber andere Adjektiva gebrauchen, Adjektiva, die den großen Ernst der Situation, das Zugespitzte der Lage besser erkennen lassen. Denn, wenn die Ankündigungen der Parteien und ihrer Presse nur zur Hälfte verwirklicht werden, dann müßte man an einer Zusammenarbeit zwischen Kabinett und Parlament jetzt schon verzweifeln.

Da forderte die Deutsche Volkspartei, und zwar mit wachsender Dringlichkeit, Etatsabstriche von 300 Millionen Reichsmark, ohne indessen praktische Vorschläge zu machen, wie man diese Abstriche bewerkstelligen soll.

Die Sozialdemokraten haben in den letzten Wochen eine Haltung eingenommen, die gleichfalls auf eine Versteifung schließen läßt. Im Hintergrund zeichnet sich bereits die Möglichkeit eines Konflikts zwischen dem Reichskabinett und der preussischen Regierung ab. Die unter sozialdemokratischem Einfluß stehende preussische Regierung beharrt darauf, daß die behördlichen Organe in Preußen über die Verwendung der für die Osthilfe flüssig zu machenden Geldmittel entscheiden solle, während von agrarischer Seite verlangt wird, daß namentlich das Umschuldungsverfahren ausschließlich den landwirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern anvertraut wird. Man nimmt an, daß die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratie sich mit der preussischen Regierung in dieser Streitfrage identifizieren werde.

Von den Deutschnationalen hat man in den letzten Tagen hören vernommen, die alles Bisherige übertreffen. Namentlich Herr Oberjöhren hat Äußerungen getan, die an Schärfe kaum noch zu überbieten sind. Daß die Nationalsozialisten ihren Kampf gegen die Reichsregierung mit der alten Leidenschaftlichkeit und Rücksichtslosigkeit fortsetzen, braucht nicht zu verwundern. Aber es ist klar, daß eine derartig auf die Spitze getriebene Opposition die Lage für das Kabinett weiterhin erschwert. Anträge der Nationalsozialisten im Auswärtigen Ausschuss, Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund zu erklären, sind jedoch mit einer ausreichenden Mehrheit abgelehnt worden.

Was das Zentrum betrifft, so will man hier in der berechtigten Abwehr häßlicher Angriffe in Zukunft noch entschiedener auftreten. Unter Anlehnung an den Windthorstbund soll im Bereich der Zentrumspartei eine uniformierte Abwehrgruppe gebildet werden, die sogenannte „Kreuzfahr“.

Außerordentlich schroff ist eine Entschliebung, die am Sonntag vom Vorstand des Reichslandbundes gefaßt wurde. Darin wird gesagt, daß sich die Notlage der Landwirtschaft gerade in den letzten zehn Monaten — also gerade in der Zeit, die nach der Hindenburg-Votenschaft vom 18. März 1930 der Landwirtschaft aufhelfen sollte — in beispielloser Weise verschärft habe. Die ständig wachsende Zahl der Konkurse in der Gesamtwirtschaft, die über alle Vorstellungen hinaus gewachsene Zahl der Arbeitslosen, seien „das sichtbare Ergebnis der Versäumnisse und Fehler der deutschen Agrarpolitik der Nachkriegszeit“. Als die Schuldigen werden vom Reichslandbund die „Kreise einseitig händlerischer und exportindustrialisierender Interessenten“ bezeichnet. Diese Kreise hätten es verstanden, die Marginalien vor ihren Wagen zu spannen. Weiter heißt es dann in der Entschliebung, daß „auch die gegenwärtige Reichsregierung diesen Einflüssen Schritt für Schritt erlegen sei“. Die Reichsregierung „habe durch ihr Versagen tiefste Mißtrauen erweckt“. Auch die Verhandlungen der letzten Tage über neue Agrarmassnahmen würden an diesem Urteil kaum etwas ändern können, da die in Aussicht genommene Methode der Durchführung zu Halbheiten führen müsse. Zum Schluß wird vom Reichslandbund der Rücktritt der Regierung gefordert.

Eigentlich mußte die Schärfe dieser Resolution des Reichslandbundes überraschen, da das Reichskabinett doch gewiß den guten Willen hatte erkennen lassen, der Landwirtschaft in ihren schweren Nöten beizustehen. Im übrigen sitzt ja doch auch ein Vertrauensmann des Reichslandbundes, Herr Schiele, im Kabinett. Und solange er

### Letzte Nachrichten

#### Der Wiederauftritt des Reichstags

Donnerstag Kanzlerrede — Dienstag außenpolitische Debatte

BR. Berlin, 3. Febr. (Tel.) Nach fast zweimonatiger Pause wehen heute zum erstenmal wieder von den vier Ecktürmen des Reichstagsgebäudes die Fahnen, die den Zusammentritt des Plenums ankündigen. Schon in den frühen Vormittagsstunden herrschte im Reichstag reges Leben. Fast alle Fraktionen hatten Sitzungen anberaumt, um die Vorbereitungen für die kommende Plenartagung zu treffen. Von Ausschüssen hat man daher den heutigen Dienstag freigelassen.

Der Altkonvent ist heute vormittag um 10 Uhr zusammengetreten. Nach seinen Beschlüssen wird am Donnerstag der Etat der Reichskanzlei in Angriff genommen werden. Bei dieser Gelegenheit wird der Kanzler eine große Rede halten, in der er voraussichtlich besonders betonen wird, daß die Reichsregierung entscheidenden Wert darauf lege, den Etat auf gesetzmäßigem Wege, das heißt auf parlamentarischem Wege zu erledigen und in der er die Hoffnung ausspricht, daß dies mit dem Parlament gelingt. Ferner wird der Kanzler mit besonderem Nachdruck berichten, daß der Reichstag von sich aus die notwendigen Maßnahmen ergreifen will, um durch Abänderungen seiner Geschäftsordnung eine ruhige parlamentarische Tätigkeit zu ermöglichen. Im übrigen wird der Reichskanzler dem Reichstag auch diesmal keinen Zweifel über die Festigkeit des Standpunktes der Regierung lassen. Donnerstag und Freitag folgt dann die Aussprache.

Am Dienstag nächster Woche beginnt die große außenpolitische Aussprache. Sie wird durch eine Rede des Reichsaußenministers eingeleitet werden, der ausführlich über die Genfer Verhandlungen Bericht erstatten wird.

Im übrigen werden die heutigen und morgigen Verhandlungen des Parlaments mit kleineren Vorlagen ausgefüllt werden. Man rechnet auch mit langen und ausgeprägten Geschäftsordnungsdebatten, da die radikalen Parteien sich zweifellos gegen die Beschränkung ihrer Agitationsmöglichkeiten wehren werden.

#### Entspannung zwischen Kabinett und Deutscher Volkspartei

BR. Berlin, 3. Febr. (Priv.-Tel.) In der Reichskanzlei hat heute vormittag eine dreistündige Besprechung über die Forderung der Deutschen Volkspartei auf weitere Abstriche am Etat stattgefunden. Wie wir erfahren, ist es gelungen, die Grundlage für eine Verständigung zwischen Regierung und Volkspartei zu schaffen, über die Einzelheiten im Augenblick noch nicht mitgeteilt werden können, zumal sich auch die Reichstagsfraktion zunächst heute abend mit dem Ergebnis der Besprechung beschäftigen muß. Sicher dürfte sein, daß am Etat weitere Einsparungen vorgenommen werden, wenn sich die Notwendigkeit dazu herausstellen sollte. In politischen Kreisen hat man den Eindruck, daß die Konferenz zu einer Entspannung in dem Verhältnis zwischen Volkspartei und Kabinett führen dürfte.

Nationalsozialisten verlangen Reichstagsauflösung. Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion hat im Reichstag einen Antrag eingebracht, der den Reichspräsidenten ersucht, den Reichstag gemäß Art. 25 der Reichsverfassung sofort aufzulösen.

Die Handlungen des Kabinetts im wesentlichen billig, sollte sich der Reichslandbund sagen, daß die Politik des Kabinetts in agrarpolitischer Beziehung eine durchaus wohlüberlegte und landwirtschaftsfreundliche ist. Würde Herr Schiele auf den Druck der agrarischen Kreise hin aus dem Kabinett ausscheiden, dann würde dadurch allerdings eine ernste Kabinettskrise entstehen müssen.

Man hat jedenfalls alle Veranlassung, den Verhandlungen des Reichstags nicht nur „mit Interesse und Spannung“, sondern auch mit großer Sorge entgegenzusehen. Unsere Hoffnung ist die, daß der Reichskanzler Dr. Brüning auch in Zukunft die Nerven nicht verliert und mit der ihm eigenen Fähigkeit jene Ziele weiter verfolgt, von denen er sich — und offenbar mit voller Berechtigung — eine Sanierung unseres Finanz- und Wirtschaftslebens verspricht.

### Zur Förderung des Wohnungsbaues in Baden

Für bodenständige Bauweise

Von Dr.-Ing. G. Möhrle, Regierungsbaurat.

II.

Eine mächtige Industrie der Stein, Zement, Stahl, Eisen und Glas verarbeitenden Konzerne hat uns seit Jahren durch eine umfassende Propaganda immer und immer wieder eingehämmert, welche Vorteile Beton-, Stahl- und massive Bauweisen gegenüber Holzbauteilen für den Bauherrn mit sich bringen, ohne daß dieser Werbetätigkeit gegenüber die Holzindustrie tatkräftige Gegenmaßnahmen ergriffen hätte. Vielleicht hat es auch daran gelegen, daß dieser Industrie nicht die nötigen Mittel zu einer wirkungsvollen Beeinflussung der Öffentlichkeit zur Verfügung standen. Schon einmal ist ein wichtiger Zweig der Bauwirtschaft, die Natursteinindustrie, durch das Überhandnehmen der Verwendung von Baustoffen aus Beton und Kunststein zugrunde gegangen. Die Holzwirtschaft läuft heute Gefahr, der Natursteinindustrie nachzufolgen.

Aber auch ein Teil der Bauhandwerker steht dem Holzbauteilen ablehnend gegenüber. Dies hängt zum Teil damit zusammen, daß die Richtung, welche die moderne Architektur in den letzten Jahren eingeschlagen hat, den Werkstoff Holz immer mehr verdrängt hat, nicht nur in der Konstruktion, sondern auch im Innern, wo er teilweise sogar durch ausländisches Holz ersetzt wurde. Es sind aber auch gewisse Vorurteile festzustellen, welche mit gewissen Nachteilen und der unsicheren Konstruktion mancher Fachwerksbauten zusammenhängen.

Wenn man von dem eigentlichen Schwarzwaldhaus absteht, das sich seit Jahrhunderten nicht geändert hat, so sind in der Ebene, in Städten und Dörfern seit alterer Zeit Fachwerksbauten entstanden, deren Fachwerk ursprünglich offen zugate trat, in einer späteren Zeit aber verputzt wurde. Im alten Stadtkern vieler Städte sind weitläufig die meisten Häuser Fachwerksbauten, auch wenn sie durch ihre Putzfassaden äußerlich als massive Bauten in die Erscheinung treten. Diese alten Fachwerksbauten haben allerdings vielfach Eichenholz verwendet oder Tannenholz in solchen Stärken, wie wir es heute aus Materialersparnis nicht mehr verwenden können. Wichtig ist auch, daß die neuen Holzstarkbauten durch ihre feingliedrigen und aufgelösten Querschnitte leichter Feuer fangen, wie die alten Zimmermannskonstruktionen mit ihren kräftigen Abmessungen.

Dafür haben wir aber in der Konservierung des Holzes bedeutende Fortschritte zu verzeichnen. Ein Holz balken von normaler Tragfähigkeit kann mit Leer so gegen Fäulnis geschützt werden, daß er ebensolange hält, wie die mächtigen Eichen- und Lärchenbalken unserer Vorfahren. Ebenso hat der Chemiker in seiner Silikatlösung ein Mittel erfunden, um dem Holz seine Feuergefahrlichkeit zu nehmen. Das Silikat dringt in die Holzporen ein und schließt sie luftdicht ab, wodurch die Entflammung unmöglich wird. Im Silikat-Karbolinoleum haben wir ein Mittel, das Feuer- und Fäulnischutz verbindet. Außerdem kann Silikat mit jeder andern konservierenden Farbe gestrichen werden. Als gnügender Schutz des Holzes können Lektroplatten, Thermolit, Holzementplatten, Platten aus Bimsbeton, Heraklith u. dgl. mehr angesehen werden. Bei der neuerdings üblichen Verklebung der Wand- und Deckenflächen mit unentflammbaren Plattenstoffen kann eine derartige Holzbaumweise als hinreichend feuerfester angesehen werden.

Die Tragkonstruktion des Fachwerkbauwerks kann im Gegensatz zum Massivbau die in statischem Sinne erforderlichen Mindeststärken der Holzquerschnitte verwenden und dadurch das ganze Skelett in wirtschaftlichem Sinne auf das billigste herstellen. Die Ausfüllung der Gefache kann in verschiedenster Weise erfolgen. Genannte Bimsbetonplatten oder Heraklithplatten werden dort verwendet, wo sie preiswert zu beschaffen sind, oder die Ausriegelung erfolgt in alter Weise mit Backsteinen, Schläfen oder Schwemmsteinen, während die Bekleidung der Innenwände durch Verschalung, mit Gipsdielen, Heraklithplatten und ähnlichen Erzeugnissen zu den verschiedensten Variationen Anlaß geben. Im Schwarzwald wird der Fachwerkbau zweckmäßigerweise verschin-

Mit der Beilage: Amtliche Niederschrift über die 13. öffentliche Sitzung der Verhandlungen des Badischen Landtags

delt, in der Ebene empfiehlt sich zur besseren Anpassung an die städtischen Bauten eine schützende Außenhaut durch Putz. Das ungewöhnlich verputzte Fachwerk trägt die Hauptlast an dem Baurteil, das man teilweise gegen den Fachwerkbau hat. Es ist darauf zu achten, daß der Putzträger niemals auf die Holzkonstruktion aufgenagelt wird, sondern je nach der Fachwerksausriegelung, bei Backstein in die Fugen, bei nagelbaren Platten oder Steinen auf diese selbst. Das Holz muß immer frei arbeiten können, ohne daß der Putz dadurch beeinflusst wird. Bei sorgfältiger Ausführung dieser Art sind Putzrisse vollkommen zu vermeiden. Der Wärmeschutz kann im Innern durch Aufbringen von Gipsplatten, Kork- oder Torfplattensystemen und ähnliche Erzeugnisse in beliebigem Maße verstärkt werden.

Um den neuzeitlichen Holzfachwerkbau haben sich neben den Herstellerfirmen namhafte Architekten verdient gemacht und ihn systematisch aus dem alten Fachwerkbau durch Rationalisierung und Erlass der teuren Bauplattenarbeit durch die Werkstattdarbeit soweit verbilligt, daß durch industrielle Serienfertigung und durch Normung und Zerlegung in Einzelelemente gegenüber dem Massivbau eine Verbilligung von etwa 20 Proz. erreicht wird. Es ist nicht der Zweck dieser Zeilen, durch genaue Beschreibung der einzelnen Systeme gewissermaßen für die bedeutendsten Merkmale zu machen, es soll vielmehr nur das Grundfällige und gegenüber andern Bauweisen Vorteilhafte hervorgehoben werden, wobei auch von den Nachteilen noch die Rede sein wird.

- Die Wirtschaftlichkeit des verputzten Fachwerkbauwerks kann — kurz zusammengefaßt — erblickt werden
1. in den geringen Fundamentstärken, welche sich aus dem leichten Aufbau ergeben,
  2. in der einfachen und schnellen Aufstellung und damit in der Verkürzung der Bauzeit (10 Wochen gegenüber 8 Monaten),
  3. in der serienmäßigen Herstellung der Konstruktionsteile in der Fabrik, unabhängig von Witterungseinflüssen, auch in den Wintermonaten,
  4. in der sofortigen Beziehbarkeit der Räume, in der Vergrößerung der Wohnfläche gegenüber Massivbau, in der Ersparnis an Bauzinsen, in früheren Mietentnahmen und für den Unternehmer in dem erhöhten Kapitalumschlag,
  5. in der weiteren Verbilligung durch Massenfertigung.

Sauzinssteuerhypotheken werden für Holzskelettbauten in gleicher Höhe gegeben wie für Massivbauten, die Beleihungsmöglichkeit ist daher dieselbe. Hinsichtlich der Feuerprämien wird das verputzte Fachwerkhaus nicht anders behandelt wie die massiven Bauweisen. Die Nachteile sind darin zu erblicken, daß die Holzbauteile je nach der Verwendung von Holz, Konservierung und Verkleidung mit unentflammaren Stoffen weniger feuerfester erscheinen wie Massivbauweisen und auch nicht jene Dauerhaftigkeit erreicht werden wird. Daß aber eine genügende Dauerhaftigkeit erzielt werden kann, dafür sprechen die Dachstühle von Schlössern und Kirchen, die Jahrhunderte lang in unveränderter Form die ihnen auferlegte Last getragen haben und weiter tragen.

Durch die Anwendung von Holzbauteilen würde die Bauwirtschaft in die Lage versetzt, das schwierige Problem des Bauens im Winter in technisch einwandfreier Weise zu lösen. Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Förderung von Bauweisen, welche es ermöglichen, unabhängig von der Witterung auch im Winter zu bauen, ist besonders in einer Zeit großer Arbeitslosigkeit nicht von der Hand zu weisen. Für das Baugewerbe ist eine Verteilung der Bauaufträge auf das ganze Jahr ebenso von Vorteil, wie für die Gesamtwirtschaft, weil hierdurch die saisonmäßige Beschränkung der Arbeit bis zu einem gewissen Grade verhindert werden kann und Konjunkturschwankungen größerer Art vermieden werden.

Der verputzte Fachwerkbau kann sich im badischen Land, das von jeher immer vorsichtig prüfend und abwägend vorging, nur durchsetzen, wenn Staat und Gemeinden einsehen, daß sie durch ihren Anteil an der Waldwirtschaft auf das engste an der Hebung des Holzverbrauchs durch Förderung von Holzbauteilen interessiert sind und sich nicht damit begnügen dürfen, den Dingen ihren Lauf zu lassen. Sicherlich werden die von der Regierung in letzter Zeit herausgegebenen Erlasse über die Verwendung deutschen Holzes die Fälle, in denen ausländisches Holz zur Verwendung kommt, auf Ausnahmefälle beschränken. Auch die Erleichterung bezüglich der Qualitätsanprüche ist nur zu begrüßen, da erst dadurch es möglich wird, dem amerikanischen Pitzpine- und Oregonpineholz wirksam zu begegnen und zu verhindern, daß die inländische Produktion zugrunde geht, während der Auslandsimporteur an uns verdient.

Es ist aber auch als ein Gebot der Selbsterhaltung des badischen Staates und der Gemeinden anzusehen, daß sie nicht nur ausschließlich deutsches Holz bei ihren Bauten verwenden, sondern darüber hinaus durch vermehrte Verwendung von Holzbauteilen zur Erhaltung des badischen Waldes, zur Stützung und Belebung des alten verdientvollen Handwerks des Zimmermanns und einer mit ihnen eng verbundenen, einst blühenden Holzindustrie beitragen. Sie können dies um so mehr und um so leichter tun, als sie durch ihre Holzvorräte, auch bei verringerten Sauzinssteuermitteln in der Lage sind, zur Belebung des Baumarktes beizutragen, ohne selbst bares Geld aufwenden zu müssen. Sie können durch Naturalabgabe von Bauholz in den von den Architekten vorgeschriebenen Stärken unmittelbar den Bauherren beliefern und dadurch ein Holzdarlehen erteilen, welches denselben

Zweck erfüllen würde, wie jedes Bausdarlehen, nur daß hierbei kein Bargeld benötigt und der Kapitalmarkt entlastet wird. Die Sägeverfe müssen in dem Maße, wie sie geschnittenes Holz an die Holzdarlehensnehmer abgeben, Kredite erhalten und mit diesen Krediten können sie sich wiederum aus den staatlichen oder städtischen Wäldungen mit Holz einkaufen. Dieses bargeldlose Verfahren der Belieferung der Bauliehaber mit Bauholz würde das Wohnungsprogramm erweitern, ohne daß hierdurch eine besondere Organisation geschaffen werden müßte.

Staat und Gemeinden hätten den Vorteil, durch die vermehrte Verwendung des Holzes im Wohnungsbau ihre eigene Holzwirtschaft zu fördern und zu stabilisieren, das Zimmerhandwerk und die Sägen würden Arbeit erhalten, die Arbeitslosigkeit würde eine fühlbare Milderung erfahren, die zu erwartende Verbilligung des Wohnungsbaues würde zu erträglichen Mieten führen und damit das Ziel alles Vorschaffens erreicht werden.

## Die Reform der Geschäftsordnung des Reichstags

### Keine Vertrauensanträge mehr — Ausgabenanträge nur mit Deckungsvorlagen

In einer am Montag stattgefundenen Besprechung über eine Reform der Geschäftsordnung des Reichstags, die der Reichstagspräsident im Beisein des Reichstagspräsidenten Loh und des Vizepräsidenten Effer mit den Führern der hinter der Regierung stehenden Parteien führte, hat man sich, wie die „Post. Ztg.“ berichtet, zunächst auf vier Punkte geeinigt:

1. Die Behandlung von Vertrauens- und Misstrauensanträgen wird grundsätzlich geändert durch die Feststellung, daß eine antretende Regierung ohne weiteres das Vertrauen des Parlaments besitzt, wenn es ihr nicht ausdrücklich entzogen wird. Die grundlegende Änderung kommt dadurch zum Ausdruck, daß künftig die Entziehung des Vertrauens ausgesprochen werden soll. Außerdem wird bestimmt, daß alle Anträge, die sich auf die Person eines Ministers oder des Kanzlers beziehen, nur in der Vollversammlung des Reichstags zulässig sind.
2. Eine Ergreifung der Disziplinarmaßnahmen soll dadurch eintreten, daß man in den Paragraphen 10 der Geschäftsordnung eine Bestimmung einfügt, wonach ein Redner, dem das Wort entzogen worden ist, in der gleichen Sitzung nicht noch einmal sprechen kann.
3. Vorlagen, die sich mit Finanzfragen beschäftigen, sowohl Regierungsvorlagen, wie auch die Initiativanträge der Parteien, gehen in Zukunft sofort an den zuständigen Ausschuss. Sobald Anträge aus dem Parlament neue Ausgaben vorsehen, können sie nur bei Zustimmung der Regierung angenommen werden, und sie sind nur zulässig, wenn sie gleichzeitig eine Deckungsvorlage enthalten. Dabei kann über einen Antrag auf Erhöhung der Ausgaben und über den Deckungsvorschlag nur gemeinsam, nicht getrennt, abgestimmt werden. Als Deckung im Sinne dieser Bestimmung gilt es nicht, wenn in einem Antrag die Einnahmen aus einer bestimmten Steuerquelle einfach höher geschätzt werden, als die Regierungsvorlage vorseht. Ob es sich um eine Gesamtvorlage handelt oder nicht, entscheidet der Reichstagspräsident.
4. Die Zulässigkeit von Interpellationen, also Anfragen über bestimmte Tatbestände, werden künftig davon abhängig gemacht, daß sie nur Tatsachen, die der Klärung bedürfen, enthalten, nicht aber Kritik und Angriffe auf die Regierung. Unparlamentarische Äußerungen in Interpellationen sind unzulässig, und der Reichstagspräsident hat in einem solchen Fall das Recht, die ganze Interpellation zurückzuweisen, wobei der Ältestenrat als Revisionsinstanz gilt.

Zu diesen vier Vereinbarungen müssen nunmehr die einzelnen Reichstagsfraktionen Stellung nehmen. Wenn sie den Vorschlägen zustimmen, wird zunächst der Ältestenrat, dann der Geschäftsordnungsausschuss sich damit zu beschäftigen haben.

### Noch Schwierigkeiten vorhanden

M. Berlin, 3. Febr. (Frd.-Ztg.) Die Änderung der Geschäftsordnung des Reichstags soll, wenn der zuständige Ausschuss heute noch mit seinen Beratungen fertig würde, schon heute abend oder morgen als Initiativantrag vorgelegt werden. Allerdings wird von anderer Seite berichtet, daß es mit dieser Frage noch nicht allzu günstig aussieht. Die Verhandlungen haben schon in den Kreisen der Parteien, die bisher die Regierungspolitik stützten, einige Schwierigkeiten ergeben, namentlich auf Seiten der Sozialdemokratie. Man hat sich zunächst auf die technische Seite der Angelegenheit beschränkt. Doch ist es unvermeidlich, daß auch die finanzielle Seite eine erhebliche Rolle spielt. Gerade das scheint man zu befürchten, wie man auch seinerzeit die Hilfsverbandsvorschlüsse auf Selbstbeschränkung des Parlaments in der Ausgabenbewilligung abgelehnt hat. Man braucht aber die Hoffnung noch nicht aufzugeben, daß der Zwang der Lage stärker ist als die Befürchtungen, die etwa von einzelnen Parteien geäußert werden.

### Der Stand der Osthilfeverhandlungen

Um die 180 Millionen Industrieumlage  
Wie aus Berlin gemeldet wird, treffen die Nachrichten über eine Einigung in der Osthilfe nicht zu. Wichtig ist, daß es in einer ganzen Reihe von Punkten gelungen ist, eine Verständigung herbeizuführen. Im Augenblick handelt es sich vor allem um die Frage, wie man zu einer Einigung mit Preußen gelangen kann. Es wäre den preussischen Stellen lieber, wenn die Preußenkasse eingeschaltet würde. Weiter möchten die preussischen Stellen offenbar verhindern, daß die Industrieumlage, die bisher eine Steuer war und in Zukunft gewissermaßen freiwillig aufgebracht werden soll, zu einem Sparrapital der Industrie wird, dem Staate also verloren geht.

Die Osthilfestelle des Reiches ist der Auffassung, daß die preussische Forderung nicht durchführbar ist. Der Plan geht also dahin, die Bank für Industrieobligationen, die sich augenblicklich in Liquidation befindet, wieder zu aktivieren. Der Reichsernährungsminister will die Industriebelastung, die ja von Jahr zu Jahr kleiner wird, dazu verwenden. Dietrich hat für 1931 die Hand bereits darauf gelegt und will es auch für 1932 tun, so daß diese Summe (180 Millionen) dann nicht in Frage käme. Dann wären aber keine Mittel für die Osthilfe vorhanden, und darum geht jetzt hinter den Kulissen der Kampf.

## Erdbebenkatastrophe auf Neuseeland

Schwere Verluste an Menschenleben  
W.D. Sidney, 3. Febr. (Tel.) Im hiesigen River View-Observatorium wurden heute früh Erdstöße von fürchterlicher Stärke verzeichnet, wie sie seit dem 17. Juni 1929 nicht mehr wahrgenommen wurden. Die Stöße begannen um 8.51 Uhr morgens und dauerten zwei Stunden lang. Es kann sich ganz offenbar nur um Erdbeben in Neuseeland handeln, über das drahtlose Berichte eintreffen, da die Telegraphenleitungen zertrümmert sind.

W.D. Wellington (Neuseeland), 3. Febr. (Tel.) Heute vormittag ereignete sich ein heftiges Erdbeben. Im Hawkes Bay-Bezirk wurden eine Anzahl Brücken und Gebäude schwer beschädigt. Der Meeresspiegel bei Napier senkte sich. Die „Northumberland“ und andere Dampfer sind deshalb auf offene Meer hinausgefahren. Eine Anzahl Dampfer in Napier stehen in Flammen.

Eine drahtlose Meldung der Kriegsschiff „Veronica“, die vor Napier liegt, besagt: Es ist zu befürchten, daß es in Napier schwere Verluste an Menschenleben gegeben hat. Nahezu jedes Steingebäude in Napier ist zerstört. Zahlreiche Feuerbrünste sind ausgebrochen. Die „Veronica“ bittet um ärztliche Hilfe. Die Kriegsschiffe „Diomedee“ und „Dunedin“ gehen mit Ärzten, Krankenpflegerinnen und Verbandmaterial von Auckland nach Napier in See. Es wird befürchtet, daß Tausende von Einwohnern ohne Unterkunft sind. Lebensmittel sind dringend angefordert worden. Die „Veronica“ hat Matrosen mit Hilfswerkzeugen gelandet.

W.D. Wellington, 3. Febr. (Tel.) In der Stadt Hastings (südlich von Napier) haben 21 Personen den Tod gefunden. Das Krankenhaus und das Haus der Krankenschwestern stürzten ein, mehrere Bewohner wurden unter den Trümmern begraben. Die Stadt steht in Flammen. Auch in Wairoa (nördlich von Napier) sind große Verwüstungen zu verzeichnen.

W.D. New York, 3. Febr. (Tel.) Wie verlautet, will ein Funktionär aus Rochester (New York) einen Funktionär aufgefange haben, nach dem allein in Napier 100 Todesopfer zu verzeichnen sind.

## Politische Schlägereien

ereigneten sich in den letzten Tagen ziemlich zahlreich in Württemberg. In Nagold kam es zu einem kommunistischen Überfall auf eine nationalsozialistische Versammlung und zu einer stundenlangen Schlägerei. Etwa 30 Personen sind verletzt. Ein Nationalsozialist liegt mit zwei Bauchschüssen hoffnungslos in der Tübinger Klinik. Das Stuttgarter Überfallkommando mußte zu Hilfe gerufen werden. In Badnang kam es zwischen 40 Stuttgarter Nationalsozialisten und Kommunisten vor einer Wirtschaft zu einer Schlägerei, bei der von den Kommunisten auf die Nationalsozialisten geschossen wurde. Zwei von ihnen wurden schwer und ein dritter leicht verletzt. Auch in Reutlingen gab es eine größere Schlägerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Verletzt wurden vier Personen, wovon zwei ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußten.

Ähnliches ereignete sich anderwärts im Reich. In Feucht bei Nürnberg kam es anlässlich einer sozialdemokratischen Versammlung mit Nationalsozialisten zu einer schweren Schlägerei, in deren Verlauf sieben Sozialdemokraten und drei Nationalsozialisten verletzt wurden. In Niesky (Oberlausitz) wurden 20 Nationalsozialisten auf dem Wege zu einer Versammlung von Kommunisten beschossen. Zwei Nationalsozialisten wurden schwer verletzt. Einer von ihnen ist gestorben. Die Versammlung selbst, in der ein Nationalsozialist durch einen Messerstich verletzt wurde, mußte polizeilich aufgelöst werden. In Melbach bei Reimold gab es einen schweren Zusammenstoß zwischen Reichsbannerleuten und Ortsbewohnern, die rechtsgerichteten Organisationen angehören. Auf Seiten des Reichsbanners gab es einen Schwerverletzten und drei Leichtverletzte.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages lehnte am Montag einen kommunistischen Antrag auf sofortigen Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund ab, ebenso einen nationalsozialistischen Antrag, der verlangt, den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund durch Kündigung seiner Mitgliedschaft vorzubereiten. Der Antrag, der Nationalsozialisten hatte folgenden Wortlaut: „Die Reichsregierung wird ersucht, angesichts des völligen Versagens des Völkerbundes, vor allem in der Frage des Schutzes der nationalen Minderheiten und in der Abbrüßungsfrage, den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbunde durch Kündigung seiner Mitgliedschaft vorzubereiten.“ Für den Antrag stimmten nur die Kommunisten, die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen.

In einer Vorstandsitzung der Deutschen Zentrumspartei, an der am Montag auch Reichstagsminister Dr. Brüning, Reichsarbeitsminister Siegelwald und Reichsinnenminister Dr. Wirth teilnahmen, wurden u. a. die Fragen behandelt, die mit dem Steuervereinfachungsgesetz in Zusammenhang stehen. Da diese Fragen besonders die süddeutschen Länder interessieren, waren auch die Führer des württembergischen, badischen und heffischen Zentrums hinzugezogen worden.

Schiedspruch für das Buchdruckgewerbe. Im Buchdruckgewerbe ist ein Schiedspruch gefällt worden, der den tariflichen Spitzenlohn bis zum 30. August auf 55 RM festlegt.

## Kleine Chronik

Im Tausend-Prozess in München erklärten die als Sachverständige vernommenen, Professor Nütgen (München) und Professor Königsmid (München), daß bei den positiven Versuchen Tausend das Gold nur absichtlich während des Schmelzprozesses hinzugegeben haben könne.

In München verhaftete die Kriminalpolizei einen 19-jährigen Wagen- und Karosseriebauer und einen 18-jährigen Hilfsarbeiter unter dem Verdacht, in der Geleitetrafte die Wegmeisterwitwe Karoline Franke ermordet und etwa 150 RM aus der Ladentafel geraubt zu haben. Einer legte noch in der Nacht ein umfassendes Geständnis ab.

Der polnische Fliegerhauptmann Starzynski ist in Warschau mit einem Beobachter zu einem Flug um Afrika gestartet. Der Flug soll in 44 Tagen durchgeführt werden. Die geplante Flugstrecke beträgt insgesamt rund 25 000 Kilometer. Wegen starken Nebels konnte Starzynski die erste Etappe, die über die Karpaten nach Belgrad führen sollte, nicht zurücklegen. Er befindet sich gegenwärtig in Skatala.

Über die Grippeepidemie in Spanien wird gemeldet, daß im Januar 1931 in Madrid die Zahl der Sterbefälle um 781 höher lag als im Januar 1930.

An der spanischen Mittelmeerküste herrscht ein heftiger Sturm, durch den verschiedene Schiffe gezwungen wurden, in den Häfen von Almeria Zuflucht zu suchen.

# Badischer Teil

## Badischer Landtag

14. Sitzung.)

Baden, Karlsruhe, 3. Februar.

Eingegangen ist ein Gesuchentwurf über Feldbereinigung, ferner eine Denkschrift über die Lage der Privatbahnen in Baden.

Nach Eintritt in die Tagesordnung berichtet Abg. Dr. Keers (Staatsp.) als Vorsitzender des Geschäftsausschusses über die Mandatsniederlegung des Pfarrers Teufel, Leutershausen. Da der Stellensachfolger, Buchbinder Friedrich Kauer, Karlsruhe, aus Gesundheitsrücksichten verzichtet hat, tritt nunmehr Stadtoberrechnungsrat Kroenlein, Karlsruhe, vom Evangel. Volksdienst in das Haus ein.

Nachdem das Plenum diesem Wechsel zugestimmt, wird der neue Abgeordnete vom Präsidenten Duffner begrüßt. Abg. Dr. Föhr (Zentr.) erstattet hierauf Bericht über den kommunikativen Antrag gegen

### den Abschluß von Konfordaten

mit kirchlichen Organisationen. Die Regierung sieht auf dem Standpunkt, daß die Beziehungen zwischen Staat und Kirche nach der Umwälzung einer Neuordnung bedürfen. Sie wird, wie wir schon früher mitgeteilt haben, dem Landtag noch in der gegenwärtigen Tagungsperiode entsprechende Vorlagen machen. Der Haushaltsausschuss empfiehlt mit Mehrheit, dem obigen Antrag die Zustimmung zu verweigern.

Kamens der Antragsteller spricht Johann der Abg. Bod in längeren Ausführungen für die kommunikativen Forderungen, einer strengen Trennung von Staat und Kirche. Alle finanziellen Zuschüsse aus der Staatskasse seien abzulehnen.

Abg. Dr. Keers (Staatsp.) erklärt, seine Fraktion werde sich der Stimme enthalten. Daraus dürfe man aber keine Schlüsse auf die Haltung der Fraktion der Staatspartei ziehen. Diese werde sich ihre Stellungnahme zur Konfordatsfrage vorbehalten.

Die Abgeordneten Bauer (D. Volksp.) und Dr. Schmittbinner (D. Natl.) geben ähnliche Erklärungen ab. Abg. Wagner (Nat.-Soz.) lehnt den kommunikativen Antrag ab.

Mit 43 gegen 5 kommunikativen Stimmen bei 9 Enthaltungen macht sich das Haus den Beschluß des Ausschusses zu eigen.

### Die Betragensnoten bei der Schulentlassung.

Da feststeht, daß eine Verfügung des Unterrichtsministers, wonach den zur Entlassung kommenden Volksschülern die dritte Betragensnote „tabelnwert“ in Zukunft nicht mehr gegeben werden darf, nicht erlassen wurde, zieht nach dem Bericht des Abg. Dr. Wolfhard (Staatsp.) der Abg. Dr. Schmittbinner (D. Natl.) seinen gegen eine solche Verfügung gerichteten Antrag mit dem Hinweis zurück, daß in der Öffentlichkeit und auch in der Lehrerschaft selbst gewisse Zweifel über die Anwendung der schlechten Betragensnoten bestanden hätten.

Um die Wiedereinstellung des Reichstagsabgeordneten Lenz in den Schuldienst.

Es folgt der Bericht des Abg. Trinks (Sozdem.) über den nationalsozialistischen Antrag auf Wiedereinstellung des jetzigen Reichstagsabgeordneten und Lehrers Lenz in den badischen Schuldienst.

Der Reichspflegeausschuss beantragt, obigem Antrag die Zustimmung zu verweigern.

Zur Begründung des Antrags erhält Abg. Köhler (Nat.-Soz.) das Wort. Er führt aus, die Sozialdemokratie sei in dieser Sache immer Partei gewesen. Darum halte er es auch nicht für richtig, daß ein Sozialdemokrat mit der Berichtertatung betraut wurde. Auf die Vorgeschichte der ersten Entlassung eingehend, tritt der Redner den gegen Lenz erhobenen Vorwürfen als unbegründet entgegen, daß Lenz bei seiner Wiedereinstellung als Lehrer in Würmersheim besprochen hat, am Orte seines Wirkens keine parteipolitische Tätigkeit ausüben, sei richtig. Er habe aber nicht auf politische Betätigung überhaupt verzichtet. Und in dieser Beziehung hätte ihm nie nachgewiesen werden können, daß er die Grenzen des Erlaubten überschritten hat. In Würmersheim habe Lenz seine Pflicht als Lehrer voll erfüllt. Es handle heute zur Debatte, das an Lenz begangene Unrecht wieder gutzumachen.

Nach kurzen Bemerkungen des Ministers Dr. Kemmele und dem Schlusswort des Abg. Köhler (Nat.-Soz.) wird dem Antrag des Ausschusses auf Ablehnung des nationalsozialistischen Antrags mit allen gegen 10 Stimmen (Nationalsozialisten, Deutsche Nationalen und Abg. Schmidt-Bretten (Vauernp.) bei 4 Enthaltungen (Abg. Bauer und Wenth von der Volkspartei und von Au und Hermann von der Wirtschaftspartei) zugestimmt.

### Steuerwünsche und -forderungen

Die Beratung wendet sich nun den aus dem Hause vorliegenden 14 Steueranträgen zu.

Darüber erstattet der Zentrumsabgeordnete Eggler einen umfassenden Bericht, der seine Entfaltung einem gründlichen, sachkundigen Studium der komplizierten Materie verdankt.

Der Haushaltsausschuss stellt folgenden

#### Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

A. zur Gebäudesondersteuer:

1. die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Gebäudesondersteuer stufenweise, soweit die Finanzlage des Staates und die Wohnungsbauförderung es zulassen, abgebaut wird, indem aus der Gebäudesondersteuer frei werdende Mittel zur Senkung dieser Steuer verwendet werden;

2. die Anträge der Abgeordneten

a) von Au u. Gen., Aufhebung der Gebäudesondersteuer,

b) Dr. Baumgartner u. Gen., Gebäudesondersteuer,

c) Ledleiter u. Gen., Gebäudesondersteuer,

durch die Beschlußfassung zu Ziff. A 1 für erledigt zu erklären;

3. dem Antrag der Abg. von Au u. Gen., erhöhte Gebäudesondersteuer, in folgender Fassung zuzustimmen:

„Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, bei den Gemeinden dahin zu wirken, daß wirtschaftlich schwachen Hauseigentümern bezüglich der jetzt angeforderten Nachzahlungen der erhöhten Gebäudesondersteuer weitgehendes Entgegenkommen gezeigt, insbesondere auf Antrag zinslose Stundung gewährt wird.“

4. den Antrag der Abg. Dr. Baumgartner u. Gen., § 7 a des Gebäudesondersteuergesetzes Ziffer 1 durch die Maßnahmen der Regierung und Ziffer 2 durch die Staatsministerialverordnung vom 26. Januar 1931 (GVB. Nr. 5) für erledigt zu erklären;

5. die Regierung zu ersuchen, zu prüfen,

a) ob Mittel der Gebäudesondersteuer von Reich, Land und Gemeinden zur Erhaltung vorhandener Wohnungen und die Umwandlung großer in kleine Wohnungen als Darlehen zur Verfügung gestellt werden können. Diese Darlehen sollen zinsfrei oder mit billigem Zins gegeben werden;

b) ob Gebäudebesitzer, die wirtschaftlich begründete Erhaltungsarbeiten vornehmen, einen nach Umfang und Zeit angemessenen Nachlaß an ihren sämtlichen Realsteuerpflichtigkeiten erhalten können;

6. die Gesuche des Landesverbands Baden des Reichsbunds der Kinderreichen Deutschlands vom 25. November 1930, Erlass der Gebäudesondersteuer für kinderreiche Familien, und Nachtrag zur Eingabe desselben Bundes vom 10. Februar 1930 der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen;

B. den folgenden Anträgen die Zustimmung zu erteilen:

1. der Abg. Dr. Baumgartner u. Gen., Realsteuern, mit der Änderung, daß in Ziffer 1 statt des Wortes „alsbald“ die Worte gesetzt werden

„sobald und soweit es möglich ist“;

2. der Abg. Dr. Baumgartner u. Gen., Tabaksteuer, mit dem Zusatz:

„daß in die Entschädigung auch die Ristenfabrikation einbezogen und die Gewährung der Entschädigung an Arbeiter und Angestellte nicht von der Bedürftigkeit abhängig gemacht wird, mindestens aber die zur Zeit geltenden Bestimmungen gelodert werden.“;

C. die Zustimmung zu verweigern den Anträgen der Abgeordneten

1. Ledleiter u. Gen., Gemeindebeiträge, Gemeindegetränkesteuer und Bürgersteuer,

2. Ledleiter u. Gen., steuerliche Notstandsmaßnahmen,

3. Dr. Schmittbinner u. Gen., Zahlung der Steuern durch landwirtschaftliche Produkte,

4. Ledleiter u. Gen., Befreiung von der Grund- und Gewerbesteuer;

D. durch die Maßnahmen der Regierung als erledigt zu erklären die Anträge der Abgeordneten

1. Dr. Schmittbinner u. Gen., Abstriche an dem Haushaltsplan des Landes und dadurch entsprechende Senkung der Landessteuern,

2. Dr. Schmittbinner u. Gen., Willigkeitsmaßnahmen auf dem Gebiete der Reichsteuern,

3. Gilbert u. Gen., weitgehende Berücksichtigung der Anträge auf Steuererleichterung bzw. -stundung;

E. das Gesuch des Bad. Städtebunds, Änderung des Grund- und Gewerbesteuergesetzes,

der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Die Berichterstattung beansprucht fast 1½ Stunden.

Um 1 Uhr wird die Weiterberatung auf nachmittags 4 Uhr vertagt.

## Der Unterricht am Samstag

Nach einer Anordnung des Kultusministers bleibt der Fastnachdienstag nachmittags schulfrei. Wo sich historische Gebräuche an einem anderen Tage zwischen Donnerstag vor Fastnacht und Fastnachdienstag abspielen, kann der freie Nachmittags auf diesen Tag verlegt werden. Am Aschermittwoch beginnt der Unterricht gemäß den kirchlichen Bedürfnissen um 10 Uhr vormittags.

## Aus den Parteien

In Stuttgart versammelten sich am Samstag, den 31. Januar, die Abgeordneten, Vorsitzenden und Führer der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) der Wahlkreise von Württemberg, Baden, Bayern, Hessen-Nassau, Pfalz und Saar, um — wie mitgeteilt wird — die bisher schon getätigte freundschaftliche Fühlungnahme noch enger zu gestalten. Die Versammlung sprach einstimmig dem Parteivorstandenden Dreiwitz das volle Vertrauen aus.

## Aus der badischen Industrie

Schiedspruch für die Mannheimer Angestellten. Am Montag trat die freiwillige Schlichtungsstelle für den Mannheimer Generaltarif zusammen. Nach mehrstündigen Verhandlungen wurde folgender Schiedspruch gefällt: Die bisherigen Gehälter werden ab 1. Februar 1931 um 5 Proz. gekürzt, mit Ausnahme der Gehaltsätze bis zu 100 M und der sozialen Zulagen, die in der bisherigen Höhe bestehen bleiben. Die Parteien des Tarifvertrages werden bis zum 9. Februar sich über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches entscheiden müssen.

## Gemeinderundschau

### Dr. Hadelberger und die Stadtverwaltung Freiburg

Wie bereits gemeldet, hatte sich der Freiburger Stadtrat mit einem Zeitungsbericht über einen Vortrag von Dr. Hadelberger befaßt, nach dem Dr. Hadelberger von einem Milchamt in Freiburg mit drei Direktoren mit 80 000 Reichsmark Jahresgehalt gesprochen haben soll. Der Stadtrat hatte unter Zugrundelegung des Zeitungsberichtes eine Verächtlichung auf Grund des § 11 des Reichspfeisgesetzes verlangt und gegen Dr. Hadelberger als den angeblichen Urheber der unzutreffenden Behauptungen Klage angebracht.

Dr. Hadelberger nennt in einer längeren Erklärung den Zeitungsbericht, der ihm die oben erwähnten Äußerungen in den Mund legt, „einen äußerst dürftigen, in wesentlichen Punkten völlig durcheinander gehenden kurzen Bericht“. Er stellt demgegenüber fest, daß er niemals von der Stadt Freiburg als solcher gesprochen habe. Er habe in einem Punkt sich mit der Kritik der ganzen öffentlichen Finanzwirtschaft in ganz allgemeinen Ausführungen befaßt, zum anderen habe er auf die Korruptionsercheinungen im öffentlichen Leben und in diesem Zusammenhang auf die vielfach auftretende Stützmannsucht von Bürgermeistern hingewiesen. In beiden Fällen sei von ihm die Stadtverwaltung Freiburg nicht genannt worden. Auch bei einem dritten Punkt, der zusammen mit den beiden vorhergehenden, in dem Bericht durcheinander geworden sei, habe er von der Stadtverwaltung Freiburg nicht gesprochen, sondern lediglich von der Freiburger Milchhof G.m.b.H. über die ihm zuverlässig mitgeteilt worden sei, daß deren Personallisten (davon zwei Direktoren und zwei Betriebsleiter) sich in einem Jahr auf rund 80 000 Reichsmark belaufen.

Bürgermeisterwahlen. In Busenbach (Stillingen) ist der zweite Wahlgang wieder ergebnislos verlaufen. Hermann Weber, der Zentrumskandidat, konnte 394, Josef Werner (Sozdem.) 315, und Alois Bauer, Schmieb, 119 Stimmen auf sich vereinigen. Es muß also ein dritter Wahlgang vorgenommen werden. — In Lairnau bei Wiesloch hat vor einigen Wochen Bürgermeister Ulrich aus persönlichen Gründen um seine Amtsenthebung nachgesucht. Die neue Bürgermeisterwahl findet am 22. Februar statt.

Um die Wohnungsluxussteuer in Weinheim. Um die Mittel für die Winterhilfe der Erwerbslosen einzubringen, beschloß der Stadtrat Weinheim die Einführung der Wohnungsluxussteuer. Gegenwärtig ist Mannheim die einzige Stadt in Deutschland, die eine Wohnungsluxussteuer erhebt. Gegen die Einführung in Weinheim macht sich starke Opposition bemerkbar, weil man sie für ungewinnbringend hält. In Mannheim haben die Erträge dieser Steuer im Jahre 1930 nicht

mehr als 90 000 M betragen. Wenn man diesen Betrag nach dem Verhältnis der Einwohnerzahl auf Weinheim umrechnet, so würde dies ein Jahreserträgnis von 5700 M ergeben. Einem so geringen Betrag gegenüber würde nach der Darstellung der Opposition ein großer Schaden dadurch entstehen, daß bessere Wohnhäuser und Villen wegen der einseitigen Besteuerung kaum noch gebaut werden würden. Der Verkaufs- bzw. Verleihswert der alten Häuser, besonders der Einfamilienhäuser, würde nach Einführung der neuen Steuer vermindert werden. Um den Beschluß des Stadtrates rechtsgültig zu machen, ist die Zustimmung des Bürgerausschusses, sowie des Innen- und Finanzministers erforderlich.

Nachträgliche Gemeindevahl in Ruppenheim (Nastatt). Die am Sonntag in der Gemeinde Ruppenheim stattgefundenen Kommunalwahlen hatten folgendes Ergebnis: Gemeindevorstand: Zentrum 483 Stimmen (16 Sitze), Sozialdemokraten 321 (12), Wirtschaftl. Vereinigung 275 (10), Bürgerpartei 285 (10); Gemeinderäte: Zentrum 245 Stimmen (3 Gemeinderäte), Sozialdemokraten 316 (2), Wirtschaftl. Vereinigung 270 (1), Bürgerpartei 339 (2); Bezirksräte: Zentrum 671 Stimmen, Sozialdemokraten 349, Deutsche Volksp. 15, Nat.-Soz. 40, D. Staatsp. 15, Komm. 15, Mittelstandsp. 43, D. Natl. 14; Kreisräte: Zentrum 683 Stimmen, Sozialdem. 336, D. Wp. 17, Nat.-Soz. 35, S. Staatsp. 11, Komm. 15, Mittelstandsp. 44, D. Natl. 13. Stimmberechtigt waren 1790 Wähler, davon haben 1418 abgestimmt, also etwa 79 Proz.

Der Etat der Stadt Frankfurt a. M. Die Stadt Frankfurt a. M. ist die erste deutsche Großstadt, die bereits jetzt ihren Etat für 1931 vorlegen kann und der es auch gelungen ist, diesen Etat, trotzdem er auf der Ausgabe Seite Erhöhungen um nicht weniger als 30 Millionen Reichsmark ergab, unter Beibehaltung der jetzigen Steuerlast und nur mit dem Zuschlag von 80 Prozent zur Bürgersteuer ins Gleichgewicht zu bringen. Der Ausgleich ist erreicht worden durch tief einschneidende Einschränkungsmaßnahmen, die den Betrag von rund 10 Millionen Reichsmark ergeben. Davon entfallen 4,8 Millionen auf Herabsetzung der Personalumkosten durch Einschränkung der Gehälter und Löhne und Herabminderung der Zahl der Beamten und Angestellten auf Grund der Personalperre. Für das Fürsorgewesen sind nicht weniger als 29,5 Millionen Reichsmark hierfür eingesetzt worden. Auf der Einnahmeseite ist mit erheblichen Ausfällen zu rechnen, so bei der Reichseinkommen- und bei der Körperschaftsteuer mit 5¼ Millionen Reichsmark, bei der Gewerbesteuer mit 5 Millionen Reichsmark und bei den kleinen Steuern zusammen mit etwa 4 Millionen Reichsmark.

## Handel und Wirtschaft

### Berliner Devisennotierungen

	3. Februar		2. Februar	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168,87	169,21	168,95	169,29
Kopenhagen 100 Kr.	112,36	112,58	112,39	112,61
Italien . . . 100 L.	22,00	22,04	22,005	22,045
London . . . 1 Pf.	20,407	20,447	20,413	20,453
New York 1 D.	4,2015	4,2095	4,2035	4,2115
Paris . . . 100 Fr.	16,466	16,507	16,475	16,515
Schweiz . . . 100 Fr.	81,175	81,335	81,235	81,395
Wien 100 Schilling	59,05	59,17	59,10	59,22
Brag. . . . . 100 Kr.	12,436	12,456	12,44	12,46

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 31. Januar 1931 hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 627,5 Mill. auf 4388,4 Mill. Reichsmark, derjenige an Rentenbankfünfeinen um 51,8 Mill. auf 440,5 Mill. Reichsmark erhöht. Die Bestände an Gold und bedienungsfähigen Devisen haben sich um 3,7 Millionen auf 2443,6 Mill. Reichsmark erhöht. Die Deckung der Noten durch Gold allein verminderte sich auf 51,2 Prozent gegen 59,8 Prozent in der Vormoche, diejenige durch Gold und bedienungsfähige Devisen auf 55,7 gegen 65 Prozent.

Gutes Ergebnis der badischen Inventurverkäufe. Aus den verschiedenen Zweigen des badischen Groß- und Einzelhandels wird berichtet, daß der diesjährige Inventurausverkauf gute Ergebnisse gebracht hat. In der Haushaltsartikelbranche, ebenso in Lederwaren und Schuhen sind bei — im Vergleich zum Vorjahre — wesentlich erhöhten Warensummen, die Einnahmen zum mindesten gleich geblieben, zum Teil haben sie sogar die Vorjahreshöhe überschritten. In den badischen Konfektionshäusern und Textilgeschäften war an manchen Tagen bei 80 bis 40 Proz. erhöhten Umsätzen eine 10prozentige Steigerung der Einnahmen zu verzeichnen. Es wird ferner festgestellt, daß das Publikum, soweit es noch lauffähig ist, seine Zurückhaltung aufgibt, wenn es den Eindruck hat, daß es zu billigen Preisen, die eine weitere Ermäßigung nicht erwarten lassen, kaufen kann.

Eisenwerke Gaggenau G.m.b.H. Mit Wirkung vom 1. Februar sind die Eisenwerke AG. handelsrechtlich in eine G.m.b.H. umgewandelt worden. Damit hat die seit 1888 bestehende Aktiengesellschaft ihre Liquidation durchgeführt.

Neue Involvenz in Freiburg. Die Firma Koller, Herren- und Damenkonfektion in Freiburg, hat die Zahlungen eingestellt und strebt einen gerichtlichen Vergleich an auf der Grundlage von 50 Prozent in 12 Monatsraten. Die Zahlung der Quote soll durch einen Bürgen garantiert werden. Den Gesamtpassiven von rund 85 000 Reichsmark stehen Aktiven in Höhe von rund 22 500 Reichsmark gegenüber.

Neugegründete Möbelfabrik in Schwierigkeiten. Die Möbelfabrik Infanger in Böhrnbach i. Schw., die erst vor einigen Monaten von einem Schweizer gegründet worden war, befindet sich in Zahlungsschwierigkeiten. Infanger hatte aus der Konkursmasse der Musikwerkfabrik Imhof & Hugale das Fabrikgebäude mit Hilfe einer Sparkassenhypothek erworben. Seit dem 3. Januar befindet sich Infanger wieder in der Schweiz, angeblich um, wie sein Geschäftsführer mittel, Kapitalien zu beschaffen. Die Gläubiger der Fabrik haben eine Besprechung abgehalten, in der zum Ausdruck kam, daß sie nicht an die Rückkehr von Infanger glauben, und in der ein Status vorgelegt wurde, nach dem die Schulden etwa 22 000 Reichsmark betragen, denen an Aktiven das Material für circa 120 Schlafzimmer gegenübersteht. Zur Verfertigung der fertigen Möbel seien noch ungefähr 16 000 M erforderlich.

Vom Maismonopol. Der Verwaltungsrat der Reichsmailstelle hat in seiner Sitzung folgende Beschlüsse gefaßt: Der Verkaufspreis der Reichsmailstelle für Mais beträgt mit Wirkung vom 4. Februar bis 3. März 1931 einschließlich je Tonne: a) Donaumais außer kleinem Mais 240 M, b) anderer Mais außer kleinem Mais 250 M, c) kleiner Donaumais 260 M, d) Plata-Cinquantimais 270 M, waggontfrei inkländischer Einfallszinsen.

Konkurse und Vergleichsverfahren im Januar. Nach Mitteilung des Statistischen Reichsamtes wurden im Januar 1931 durch den „Reichsanzeiger“ 1085 neue Konkurse — ohne die wegen Massemangels abgelehnten Anträge auf Konkursöffnung, und 518 eröffnete Vergleichsverfahren bekanntgegeben. Die entsprechenden Zahlen für Dezember 1930 stellen sich auf 850 bzw. 477.

## Aus der Landeshauptstadt

### Um die Karlsruher Ostwestfluglinie

Im großen Saale der Handelskammer Karlsruhe fand Montagabend eine Versammlung von Vertretern der Verkehrs- und Wirtschaftsorganisationen der Landeshauptstadt und ihrer Umgebung statt. Nach einem eingehenden Referat des Verkehrsleiters Kahler wurde einstimmig eine Entschließung gefasst, die sofort an den Reichsminister, das Reichsverkehrsministerium, die badische, die württembergische und die bayerische Regierung abgehen soll. Darin wird aufs schärfste gegen die von Bayern beantragte Umlegung der internationalen Fluglinie 52 München—Stuttgart—Karlsruhe—Saarbrücken über die Städte Mannheim-Ludwigshafen unter Aufhebung der bisherigen Zwischenlandung in Karlsruhe protestiert. Von der Reichsregierung und den Regierungen der Länder Bayern und Württemberg wird erwartet, daß sie sich zu einem solchen sachlich unbegründeten und die Interessen Karlsruhes und weiter Kreise Mittelbadens schwer schädigenden Schritt nicht entschließen, sondern es bei der jetzigen Führung der Luftverkehrslinie 52 belassen. Der badischen Regierung und der Stadtverwaltung Karlsruhe wird für ihr bisheriges energisches Eintreten für die unveränderte Erhaltung der Linie gedankt.

Direktor Kahler führte in seinem Referat im einzelnen u. a. aus: Karlsruhe ist in der Veranziehung des Luftverkehrs für das badische Land führend gewesen. Im Jahre 1924 legte es einen ausgezeichneten Flughafen an. Im Laufe der letzten Jahre konnte Karlsruhe sich drei Linien sichern, die Wädelinie Karlsruhe—Köln, die Schwarzwaldbahnlinie Frankfurt—Konstanz — beide werden nur im Sommer besolgt — und die wichtigste, die Ostwestlinie Saarbrücken—München mit den entsprechenden Anschlüssen nach Paris und Wien. Die Frequenz des Karlsruher Lufthafens ist bisher durchaus befriedigend gewesen, der Flughafen selbst wurde in der rüchliegenden Zeit vortrefflich ausgestattet und hat heute einen Umfang von 75 Hektar.

Von den verschiedenen innerdeutschen und internationalen Fluglinien, zu denen der Karlsruher Flughafen der Badisch-Pfälzischen Luftbanja Anschlüsse vermittelt, ist die Ostwestlinie neben der sogenannten Wädelinie die rentabelste Strecke der Deutschen Luftbanja geworden. Berücksichtigt man, daß der Fremdenverkehr Karlsruhes in den letzten Jahren durchweg eine steigende Tendenz zeigt, so gewinnt die Ostwestlinie mit ihrem internationalen Charakter für Karlsruhe und Mittelbaden erhöhte Bedeutung. Wenn uns diese Linie genommen wird, dann haben wir nur noch zwei Linien, die lediglich während der Sommerzeit durchgeführt werden. Man trägt sich neuerdings mit der Absicht, Karlsruhe für den Ausfall der Ostwestlinie dadurch zu entschädigen, daß die Fluglinie Baden-Baden—Stuttgart künftig über Karlsruhe führen soll, ein kolossaler Umweg, der natürlich sofort in die Augen fällt. Er kann nie und nimmer als ein Ersatz für den Ausfall der Ostwestlinie gelten.

Die Umleitung der Ostwestlinie über Mannheim bedeutet eine Verlängerung der Flugstrecke und eine Verschlechterung der Flugzeit, was keineswegs im Sinne einer möglichst raschen Beförderung liegt. Außerdem läuft ein solches Vorhaben den früheren Vereinbarungen zwischen Mannheim und Karlsruhe vollständig zuwider, verstößt also gegen Treu und Glauben. Ferner wäre eine Ausschaltung der badischen Landeshauptstadt auf der Ostwestlinie unverständlich nach den Ergebnissen des vorjährigen Sommerluftverkehrs, die überaus günstig lauten.

Es rechnet sich dies Vorhaben auch außerordentlich schlecht mit den allernuesten Bestrebungen, Karlsruhe und Mittelbaden durch Erstellung einer festen Rheinbrücke bei Magau und durch die Elektrifizierung der Reichseisenbahn auf der Strecke Straßburg—Karlsruhe—München wirtschaftlich und verkehrspolitisch aufzuhelfen und dafür zu sorgen, daß der durchgehende Verkehr auf die kürzeste Ostwestlinie verlegt und hier nach Möglichkeit beschleunigt wird.

70 000 M für die Notspende. Bisher sind über 70 000 M für die Notspende eingegangen. — Zu dem am 12. d. M. in der großen Festhalle stattfindenden Wohltätigkeitskonzert, deren Reinertrag zu 50 Proz. der Karlsruher Notgemeinschaft zufließt, ist es Direktor Norden gelungen, einen der bedeutendsten Tänzer, Herrn Wladislaw Karnedi, zu verpflichten. Herr Karnedi, der hier mit seiner Partnerin, Fräulein Martha Krüger, auftritt, ist ein ehemaliger Solotänzer des berühmten Jaghellen-Balletts, dem auch, wie bekannt, die große Pawlowa angehört hat. Karnedi zählt heute zu den bedeutendsten Tänzern Europas. Ferner sind Kammerfänger Benno Biegler von der Frankfurter Oper, und Konzertmeister Josef Reiffner zur Mitwirkung gewonnen. Außerdem wird mit Frau Kammerfängerin Vera Schwarz verhandelt. Der Vorverkauf für diese wohl in diesem Winter größte Veranstaltung findet ab heute, Dienstag, in nachbenannten Vorverkaufsstellen statt: Musikalienhaus Müller, Kaiserstraße; Geschäftsstelle des Verkehrsvereins Ritterstraße; Zigarrenhaus Töpfer, Müppurter Straße, Holz, Zigarrenhaus, Karlstraße 64.

Badische Lichtspiele — Konzerthaus. Es gibt wohl kaum noch Probleme, mit denen sich der Film nicht beschäftigt. Auch vor dem Gebiete der Erziehung unserer Jugend kann und darf er nicht halt machen. Hier ist das Bild der beste Vermittler, um Eltern und Erzieher vor Fehlschlüssen zu schützen und zu bewahren. Also auch hier der Film Wegbereiter zur Erziehung und Erhellung unserer Jugend. Ein solches Thema bringt der Film „Die Primanerliebe“. Eltern und Erzieher haben sich auf so falschen Bahnen bewegt, daß der Strafrichter eingreifen muß, um beiden, nämlich Eltern und Lehrern, ihre falschen Erziehungsmethoden aufzuzeigen. In Weisfilmen sehen wir die heimliche Edelzucht von der Alterscholle bis zur Verewendung im Haushalt. — Ein Tierfilm, der uns das Leben und Treiben innerhalb der Tierfamilien vor Augen führt, ist recht interessant. — Die Deulig-Wochenchau zeigt wieder ihren weltumfassenden Nachrichten dienst.

Vortrag Fred Marion. Im Konzertsaal der Musikhochschule sammelte Fred Marion Montagabend eine große Schar von Besuchern, die durch ihn von seinem Können auf dem Gebiet des Hellsehens unterrichtet sein wollten. In dem Vortrag, der dem experimentellen Teil des Abends vorausgeschickt war, trat Fred Marion der falschen Behauptung entgegen, daß die Hören mittelst, vor seinen Augen bildlich sehe. Fred Marion sieht nicht in die Zukunft, sondern er kann sich in die kommende Zeit nur einführen, er empfindet sie voraus, er weiß so das Notwendige zur Klärung von Konflikten, besonderen Umständen und sonstigen Ereignissen. Sein Wissen ist aber nicht verstandesmäßig, logisch, sondern eben nur gefühlsmäßig, in seinem tiefsten Innern begründet. Die Experimente der Telepathie legten ein Zeugnis ab von den unerklärlichen Fähigkeiten Fred Marions und setzten alle Anwesenden in große Verwunderung. Durch das Miterleben der Ereignisse, die oft zu erschütternder Tragik hinliefen, wird auch der Vortragende fesslich aufgeführt. So mußte Fred Marion gegen 11 Uhr seinen Vortrag beendigen. Er überzeigte seine Hörerschaft von seinem Können. Reicher Beifall wurde ihm zuteil.

Badisches Landestheater. Ferdinand Brudners Schauspiel „Elisabeth von England“ gelangt am Freitag, dem 6. Febr., zur zweiten Wiederholung. Die nächsten Aufführungen von Schillers „Wilhelm Tell“ finden am Mittwoch, dem 4. Febr., nachmittags, für die zur Entlassung kommenden Volksschüler und am Samstag, dem 7. Febr., nachmittags, für auswärtige Schüler statt. Das Lustspiel „Konto X“ wird am Samstag, dem 7. Febr., im Landestheater wiederholt. In der Oper geht am Dienstag, dem 8. Februar, Krenels „Leben des Drefk“ zum fünften und voraussichtlich zum letzten Male in Szene, und am Donnerstag, dem 6. Februar, wird Kienzls „Evangelimann“ zum vierten Male wiederholt. Die Sonntagsvorstellungen des 8. Februar sind im Landestheater: nachmittags die Operette „Meine Schwester und ich“ (Sondermiene für auswärtige Besucher) und abends neuinstudiert Weberbeers große Oper „Die Fugentoten“. Im Konzerthaus kommt zum dritten Male die Operette „Wie werde ich reich und glücklich“ von Spoliansky zur Aufführung. In Vorbereitung befinden sich die Erstaufführung des neuen Lustspiels von Bruno Franck „Sturm im Wasserglas“ und — zum Gedächtnis des 150. Todestages Shakespeares — eine Neuinstudierung des Trauerspiels „Emilia Galotti“.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, von heute morgen: Aus einer Randwelle der skandinavischen Zyklone hat sich ein flaches Tief entwickelt, das über Westdeutschland und Holland liegt. Unsere Witterung bleibt unter dem Einflusse des Tiefs meist trüb. Voraussage: Fortdauer der meist trüben Witterung mit vereingelten leichten Niederschlägen. Ebene Temperaturen um Null, Gebirge mäßiger Frost. Wasserstände: Badstut 240 — 5, Basel 50 — 10, Schusterinsel 108 — 12, Rehl 272 — 8, Magau 473 — 14, Mannheim 419 — 28, Gaub über 200 Zentimeter.

## Kurze Nachrichten aus Baden

D3. Mannheim, 3. Febr. Gestern vormittag ist in Nedarau der beim Großkraftwerk beschäftigte gewesene 26 Jahre alte ledige Elektromonteur Paul Winter aus Ravensburg bei Arbeiten am Generator einer Transformatorezelle mit der 5000-Volt-Spannung in Berührung gekommen und auf der Stelle getötet worden.

D3. Wiesloch, 3. Febr. Die allgemeine Wirtschaftsnot und Arbeitslosigkeit hat den Verkehrsverein veranlaßt, den diesjährigen Sommerausflug nicht in dem Umfang wieder durchzuführen, wie im letzten Jahr. Andererseits aber wollte man auch nicht auf diese historische Veranstaltung verzichten. Es soll in erster Linie als Kinderfest wie in früheren Jahren veranstaltet werden. Wie jedes Jahr wird der Sommerausflug am Sonntag Sätze (15. März) stattfinden.

D3. Weingarten, 2. Febr. Der seit zwei Tagen vermisste Ratschreiber Franz Günther, der erst vier Monate verheiratet war, wurde am Sonntag erschossen aufgefunden. Er hatte sich mit einem Jagdgewehr das Leben genommen.

D3. Badoltszell, 2. Febr. Zur Verhaftung des Bruderjägers Schwarz wird noch mitgeteilt, daß Frau Schwarz, die Mutter, nicht festgenommen wurde, sondern nach ihrer Vernehmung einen Herbenzusammenbruch erlitt und deswegen ins Krankenhaus verbracht werden mußte. Als Täter kommt allein der Verhaftete in Frage. Die Mutter ist völlig unschuldig.

## Badisches Landestheater

Voranzeige

### Fastnachtskabarett

vom 13. Februar bis 17. Februar 1931

Vorrechtverkauf für Platzmieter mit 15% iger Preisermäßigung in nachstehender Reihenfolge:

Tagespreis:	
1. Sperritz	
Für Freitag, den 13. Februar 1931	1. Vorrecht D 8,— RM.
„ Samstag, den 14. Februar 1931	1. Vorrecht E 8,— „
„ Sonntag, den 15. Februar 1931 nachm.	1. Vorrecht F 8,— „
„ Sonntag, den 15. Februar 1931 abends	1. Vorrecht G 9,— „
„ Montag, den 16. Februar 1931	1. Vorrecht A 8,— „
„ Dienstag, den 17. Februar 1931	1. Vorrecht B 9,— „

Erstes Vorrecht für die obenbezeichneten Mietabteilungen am Mittwoch, den 4. Februar 1931, vormittags 9<sup>1</sup>/<sub>2</sub>—13 Uhr und nachmittags 15<sup>1</sup>/<sub>2</sub>—17 Uhr, für die übrigen Mietabteilungen am Donnerstag, den 5. Februar, vormittags 9<sup>1</sup>/<sub>2</sub>—13 Uhr und 15<sup>1</sup>/<sub>2</sub>—17 Uhr.

Allgemeiner Vorverkauf für sämtliche Vorstellungen von Freitag, den 6. Februar, vormittags 9<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr ab.

## Inserieren bringt Gewinn!

**WINSCHERMANN** G.m. b. H. Kohlengroßhandlung  
Stephanienstr. 94  
Tel. 815, 816, 817

Bei der Stadtverwaltung

**Pforzheim**

ist die Stelle eines

## Rechtsrats

zu besetzen.

Die Stadt Pforzheim zählt 80 000 Einwohner und ist der Hauptsitz der deutschen Schmuckwarenindustrie. Das Arbeitsgebiet des Rechtsrats umfaßt u. a.: die Leitung des Gemeindegerechts und Mietminderungsamts, die Stellvertretung des Grundbuchamtsvorstands, die Erstattung von Rechtsgutachten, die Bearbeitung von Fragen aus der sozialen Fürsorge und gemeindlichen Wohlfahrtspflege. Die Zuteilung weiterer oder anderer Arbeitsgebiete bleibt vorbehalten.

Besoldung: Gruppe XII der Stadtbesoldungsordnung (= Gruppe 2 b der Reichsbesoldungsordnung, Ortsgruppe A). Die Stelle gewährt Anspruch auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung. Etwaige Ansprüche wegen Anrechnung früherer in gleichartiger Stelle zurückgelegter Dienstjahre sind im Bewerbungsschreiben anzugeben.

Bezugnehmend auf die Besoldung zum Richteramt oder höheren Verwaltungsdienst in einem der deutschen Länder erworben haben, wollen ihr Gesuch unter Beifügung eines Lebenslaufes und von Zeugnisabschriften binnen 3 Wochen bei dem Unterzeichneten schriftlich mit der Aufschrift „Bewerbung um die Rechtsratsstelle“ einreichen. Bewerber mit gründlicher Erfahrung im Gemeinbedienst oder in Gemeindeangelegenheiten erhalten den Vorzug. Persönliche Vorstellung ist nur auf besondere Aufforderung erwünscht.

Pforzheim, den 21. Januar 1931.

### Der Oberbürgermeister.

## Auslands-Geld

f. Gemeinden zu 7 bis 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, 9<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, 97% Auszahlung. Erste Anfr. unter Nr. K.918 an die Exped. d. Bl.

### Freihändiger Buchenstammholzverkauf.

Bad. Forstamt Konstanz, Samstag, 14. Februar 1931 nachmittags 6 Uhr, 550 fm Buchenstammholz I.—IV.

Klasse in 5 Losen. Losverzeichnis durch das Forstamt. Zuschlagsfrist 8 Tage. Fernspr. 1482. A.265

### Freihändiger Nutholzverkauf.

Bad. Forstamt Meßkirch am Dienstag, 10. Febr. 1931: ca. 1450 fm Nadelstammholz aller Klassen. Darunter 700 fm I./III. Kl., 1 Fichtenmastlos. Angebote bis abends 6 Uhr erbeten. Losverzeichnis durch das Forstamt. Zuschlagsfrist 8 Tage. A.266

### Freihändiger Nadelstammholzverkauf.

Staatliches Forstamt Billingen (Schwarzwald), Donnerstag, 12. Febr. 1931, mittags 1/5 Uhr: 3471 fm Nadelstammholz (N. 2, 3, 4) in 23 Losen. Losverzeichnisse durch Forstamt. A.264

### Karlsruhe. A.417

Güterrechtsgreiffereinträge. 1. Zu Band II Seite 36: Fittler Christof Oskar, Naturheilkundiger, Karlsruhe, und Alois geb. Geiger. Vertrag vom 6. Juni 1930. Gütertrennung. 20. I. 31.

2. Seite 37: Gaifer Josef, Schlosser, Karlsruhe, und Ida geb. Algeier. Vertrag vom 7. November 1930. Gütertrennung.

3. Seite 38: Schwarz Karl, Schreinermeister, Karlsruhe, und Elise geb. Heppes. Vertrag vom 31. Dezember 1930. Ertragsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut der Frau.

4. Seite 39: Wolfenberger Josef, Friseur, Karlsruhe, und Elise geb. Red. Vertrag vom 12. Januar 1931. Gütertrennung. 21. I. 31.

5. Seite 40: Wahl Emil, Kaufmann, Karlsruhe, und Luise geb. Pfeiffer. Vertrag vom 4. Oktober 1930. Gütertrennung. 23. I. 31.

6. Seite 41: Jang Eugen, Forstwart a. D. und Reisevertreter, Karlsruhe, und Florina geb. Jang. Vertrag vom 10. Januar 1931. Gütertrennung. 24. I. 31.

Antsgericht Karlsruhe.

### Badisches Landestheater

Dienstag, den 3. Febr. 1931

\* C 15. Th.-Gem. II. S.-Gr.

### Leben des Drefk

Große Oper von Krenel

Dirigent: Krips

Regie: Pruscha

Mitwirkende:

Blant, Fischbach, Färber, Straßer a. G., Haberfort, Reich, Dörich, Krauß, J. Gröbinger, Hofbach, Kalnbach, Löfer, Kuntz, Dörner, Ritschl, Schoepflin, Zilken, Falke, Eich, Frohmann, G. Gröbinger, Kilian, Ott, Winiwius

Anfang 20 Ende 23

Preise C (1—7 RM)

Mittwoch, 4. Februar 1931

Nachmittags

Geschlossene Vorstellung für die an Ostern zur Entlassung kommenden Volksschüler

### Wilhelm Tell

Schauspiel von Schiller

Regie: Raumbach

Mitwirkende:

Vertram, Ermardt, Frandenborfer, Genter, Schreiner, Seiling, Bauer, Hebelin, Rehler, Raumbach, Dahlen, Gemmecke, Graf, Herz, Dietl, Höder, Hofbach, Jutz, D. Kienischer, Kloeble, Kuhne, Mehner, Müller, Prüter, Schulze, Frohmann, Grimm, H. Kienischer, Lindemann, Luther, Meyer, Seibert.

Anfang 15 Ende 17<sup>1</sup>/<sub>2</sub>

Do. 5. 2. Der Evangelimann. Fr. 6. 2. Elisabeth v. England. Sa. 7. 2. Nachm.: Wilhelm Tell. Abends: Das Konto X. So. 8. 2. Nachmittags: Meine Schwester und ich. Abends: Neu einstudiert: Die Fugentoten. Im Konzerthaus: Wie werde ich reich und glücklich?

Druck G. Braun, Karlsruhe.